

MEINE SICHT

Not gebiert seltsame Ideen

Christian Baron will keinen Wettbewerb zwischen Bezirken

Es ist bezeichnend für die persönliche Lage in den Berliner Amtsstuben, dass ein privates Internetportal, wie jüngst bekannt wurde, Termine bei mindestens einem Bürgeramt verkauft hat. So groß ist die Not der Leute schon, dass sie sogar lieber Geld für eigentlich steuerfinanzierte Dienstleistungen zahlen, als monatlang auf die Ausstellung des dringend benötigten Reisepasses zu warten.

Die Annahme jedoch, man müsse den Bezirken einfach mehr Stellen zuweisen und alle Probleme lösten sich von alleine, greift zu kurz. Mit dieser Einschätzung liegt Finanzstaatssekretär Klaus Feiler richtig: Vernünftige Bedarfsanalysen und eine Überprüfung der Arbeitsabläufe erscheinen ebenso wichtig.

Feilers fixe Idee, die Bezirke in einer Art »Belohnungssystem« gegeneinander in Wettbewerb um finanzielle Zuwendungen treten zu lassen, schießt dagegen gewaltig über das Ziel hinaus. Wer gut arbeite, so Feiler, solle dafür auch belohnt werden. Dass dadurch Bezirke mit ungünstiger wirtschaftlicher und sozialer Ausgangslage benachteiligt würden, liegt auf der Hand. Außerdem stellt sich die Frage, wer nach welchen Kriterien beurteilt, was »gut arbeiten« bedeutet. Bevor das geklärt ist, gilt: Nach mehr Wettbewerb zu rufen ist im Zweifelsfall immer die schlechteste Lösung.

Künstlerische Touristen

Eigens zum Graffiti-Sprühen kamen drei Australier nach Berlin. Beim besprühen einer S-Bahn wurden sie allerdings am Donnerstagabend erwischt, wie die Bundespolizei am Freitag mitteilte. Gegen das Trio wird nun wegen Sachbeschädigung ermittelt. Laut Bundespolizei hatten die drei Männer vor, zum Graffiti-Sprühen noch eine weitere europäische Stadt zu besuchen. *nd/dpa*



Ein kleiner Teil der Herausforderung für die Bezirke im Zeitalter der wachsenden Stadt: Überfüllte Wartesäle der Bezirksämter

Foto: nd/Burkhard Lange

Stadt wie Dorf

Stiftung hat in einer Arbeitsgruppe Visionen für die Bezirke der Zukunft entwickelt

Ein Bezirks-Think-Tank der Stiftung Zukunft Berlin hat sich mit den kommenden Herausforderungen für die Berliner Bezirke auseinandergesetzt und kommt mit neun blumigen Thesen daher.

Von Christin Odoj

Meldungen über und aus den Bezirken Berlins haben meistens einen klaren Tenor. Es fehlt an Geld, es fehlt an Personal und die Verantwortung für alles, was nicht funktioniert liegt, klar: beim Senat. Eine Arbeitsgruppe der Stiftung Zukunft Berlin hat es sich in den letzten anderthalb Jahren zur Aufgabe gemacht, aus dem Teufelskreis gegenseitiger Verantwortungszuweisungen auszubrechen und hat neun Thesen aufgestellt, die den Bezirken helfen sollen.

Am Freitag hat die AG aus zwei Bezirksbürgermeistern, einem Finanzstaatssekretär und Mitgliedern der Stiftung ihre Beobachtungen vorgestellt. Dabei geht es im Kern um die Hybris, die sich aus den Ansprüchen einer seit Jahren boomenden Stadt

speist und ihre Folgen, die zu allererst am untersten Ende der Verwaltungsebene zu spüren sind, bei den zwölf Bezirken. Hier sitzen die jährlich neu hinzuziehenden 40 000 Menschen auf den Wartebänken der Bezirksämter, hier müssen die Pässe ausgestellt, Baugenehmigungen erteilt und Schulplätze zugewiesen werden.

Allein in Treptow-Köpenick werden bis zum Jahr 2030 zusätzlich 60 000 neue Einwohner leben. »Wenn wir uns nicht positiv auf die wachsende Stadt einstellen, dann wird es schnell peinlich«, sagt Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD), der neben Helmut Kleebank (SPD), Bürgermeister von Spandau, der Arbeitsgemeinschaft angehört. »Berlin ist Hauptstadt und Dorf gleichzeitig«, sagt Igel. Auf der einen Seite will die Stadt prosperieren, setzt auf Internationalität, Start-ups und seinen unverbrauchten Charme, der für Kreativität aller Art zum Anziehungspunkt geworden ist. Auf der anderen Seite brodelt es im Kiez, sobald neue Baumaßnahmen anstehen. »Und wer erntet den ganzen Ärger? Das sind wir in

den Bezirken«, sagt Igel. Er könne sich vorstellen, die Bezirke stärker an den Einnahmen aus der Gewerbesteuer teilhaben zu lassen. »Dann wäre es auch einfacher, zu manchen Projekten ja zu sagen.« Damit könne beispielsweise der Ausbau von Jugendfreizeit- oder Senioreneinrichtungen vorangetrieben werden. »Die Akzeptanz vieler Projekte würde so sicherlich steigen«, sagt Igel.

Die meisten Thesen der AG zielen deshalb auch auf eine stärkere Eigenständigkeit der Bezirke ab, insbesondere, was die finanziellen Mittel angeht, die ihnen über den Haushalt zur Verfügung stehen. »Die Entscheidungsfreiheit der Bezirke muss gestärkt werden, damit wir wirtschaftlicher arbeiten können«, sagt Helmut Kleebank. Dazu schildert er ein Beispiel aus seiner Verwaltung, in der aus den Mitteln des Sondervermögens Infrastruktur und Wachsende Stadt (SIWA) 4,5 Millionen Euro für externe Architekten ausgegeben wurden. »Wenn wir das mit zusätzlichen Stellen im Bauamt selbst gemacht hätten, wären die Personalkosten um ein

Drittel niedriger«, sagt er. Davon hätte eine neue Sporthalle mehr gebaut werden können. »Dann müssten die Aufträge aber auch konstant vergeben werden«, widerspricht Hartmut Bäumer, ebenfalls Mitglied der AG und 2005 in der Enquetekommission »Eine Zukunft für Berlin«. Was jedoch Konsens ist, ist die Forderung nach einer effizienteren Behördenstruktur. »Es muss nicht immer alles von allen Bezirken angeboten werden«, sagt Bäumer. Ein Beispiel sei die zentralisierte Verwaltung aller Leihenschauscheine im Bezirksamt Neukölln.

Außerdem regt die AG an, die umstrukturierten Zuständigkeiten einer Bestandsaufnahme zu unterziehen. Was hat es gebracht, die Bezirksbäder auf die Senats- und die Kita-eigenbetriebe zurückzuführen? »Bisher hat der Senat auch nicht bewiesen, dass er Bauvorhaben selber besser handhaben kann«, sagt Bäumer und meint die Fälle, in denen der Senat den Bezirken das Baurecht entzogen hat wie kürzlich beim Streit um die Buckower Felder.

Hungern gegen Hartz IV

Zweieinhalb Jahre nach seinem öffentlichen Hungern wegen harter ALG-II-Sanktionen sieht sich der Berliner Erwerbslosenaktivist Ralph Boes erneut zum passiven Widerstand gezwungen.

Von Christian Baron

Ralph Boes ist aktuell einer der bekanntesten Aktivisten gegen Hartz IV. Selbstbewusst und wortgewandt tritt er seit zweieinhalb Jahren immer wieder in den Medien auf. Weil er damals entgegen der Anordnung des Jobcenters Berlin-Mitte keiner der angebotenen Erwerbstätigkeiten nachgehen wollte, stellte die Behörde sämtliche Zahlungen ein. Dagegen wehrte sich der Mittfünfziger, indem er einen Monat lang öffentlich hungerte, um zu zeigen, dass die Sanktionspraxis mit der Menschenwürde unvereinbar sei. »Bild« taufte ihn daraufhin »Hartz-IV-Schnösel«, der »Berliner Kurier« sah in ihm einen »Sozial-Schnorrer« und der »Focus« echaufferte sich über den »frechen Hartzler«.

Dennoch hatte Boes damals Erfolg: Ende November 2012 nahm das Jobcenter die Sanktion teilweise zurück und überwies ihm 200 Euro. Widerständig blieb er dennoch: »Ich habe weiterhin die Vermittlungsangebote abgelehnt und blieb in der Begründung bei der Unvereinbarkeit der Sanktionen mit der Menschenwürde.« Schon zehnmal sei er sanktioniert, davon achtmal auf Null gesetzt worden. Sein Ziel: Das Amt sollte seine repressiven Möglichkeiten an seinem Exempel konsequent durchziehen. Für Unterhalt und Krankenversicherung kamen Unterstützerinitiativen auf.

Damit ist es jetzt vorbei, denn Boes nimmt die nächste Eskalationsstufe. »Durch die Provokationen ist stark in die Öffentlichkeit gebracht worden, dass Hartz IV verfassungswidrig ist«, schreibt Boes auf seiner Homepage. Nun aber sei er »mit den Kräften am Ende«, weshalb er ein Ende der Sanktionen bewirken möchte. Seit zehn Tagen hungert Boes erneut. Er hofft, damit auch eine Debatte um die Sanktionspraxis initiieren zu können, durch die »alle Hartz-IV-Bezieher genötigt werden, sich bedingungslos jeder staatlichen Schikane zu fügen«.

Vier Kilo habe er bereits abgenommen. Nach eigenem Bekunden erreichen ihn aus diesem Grund immer wieder alarmierte Appelle, er solle seinen gesundheitsgefährdenden Hungerstreik beenden. Doch legt Boes großen Wert darauf, dass er sich nicht im Hungerstreik befindet, sondern im Sanktionshungern: »Man gibt mir nichts zu essen, um mich zu etwas zu zwingen. Ich hungere nicht – ich werde gehungert.«

ANZEIGE

AM 11. JULI 2015

HALLE SAALE
LINKS. KONGRESS '15
JUSOS LINKSJUGEND [SOLID] GRÜNE JUGEND



MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN VON 'LINKEM' REGIEREN

ANMELDUNG: WWW.LINKSKONGRESS-HALLE.DE

präsentiert von

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Gierso und PeWoBe müssen blechen

Senat: Heimbetreiber geben 430 000 Euro zu viel für Personal aus

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist für manche ein einträgliches Geschäft. Da rechnen Private auch noch mehr ab, als sie eingenommen haben.

Der Berliner Senat hat bei zwei in die Kritik geratenen Betreibern von Flüchtlingsunterkünften zu hohe Personalkosten moniert. Die Betreiber Gierso und PeWoBe haben laut Senat knapp 430 000 Euro zu viel für Personal ausgegeben. Das geht aus einer Antwort von Sozialstaatssekretär Dirk Gerstle auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen-Fraktion hervor. Die beiden Heimbetreiber hatten mehr Personal abgerechnet als sie tatsächlich beschäftigten. Die Summen müssen sie nun an den Senat zurückzahlen, teilweise behielt dieser das Geld bereits ein. Zudem würden Vertragsstrafen geprüft, hieß es.

Dass es Rückforderungen gibt, war seit April bekannt, jetzt nannte der Senat erstmals konkrete Summen. Danach muss die Professionelle Wohn- und Betreuungsgesellschaft mbH (PeWoBe) insgesamt 162 836 Euro zurückzahlen. Zudem behielt der Senat bereits 90 406 Euro ein. Von der Gierso BoardingHaus Berlin GmbH werden 174 879 Euro zu-

rückgefordert. Insgesamt beläuft sich die Summe auf 428 122 Euro für das Jahr 2014. Eine Überprüfung weiterer Standorte der beiden Betreiber für den Zeitraum vom 1. Oktober 2014 bis ins Jahr 2015 dauert an.

Auch Heime der Betreiber GEO Home, EVO Home, der Arbeiterwohlfahrt, des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschland e.V. und der Neustart Berlin GmbH werden derzeit noch kontrolliert. Ergebnisse dazu lägen noch nicht vor. Geprüft werde jeweils auch, ob die Betreiber gegen die vom Land geforderten Qualitätsstandards verstoßen haben.

Würden gravierende Verstöße festgestellt, ist laut Gerstle eine fristlose außerordentliche Kündigung des Betreibers möglich. Eine solche habe das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) bisher aber noch nicht ausgesprochen. Denn die Behörde habe jedes Mal abzuwägen, dass die stetig wachsende Zahl der Flüchtlinge untergebracht werden müsse und nicht obdachlos werde.

Der Bericht externer Prüfer hatte im Juni gravierende Mängel bei der Vergabe von Flüchtlingsheimen bestätigt. Opposition und Flüchtlingsverbände hatten diese schon lange kritisiert: Kein einziger der untersuchten Verträge wurde korrekt ver-

geben. Die Aktenführung ist so lückenhaft, dass das Handeln des Amtes nur eingeschränkt nachvollzogen werden könne. *dpa/nd*

ANZEIGE

DIE WIDERSPENSTIGE INTERNATIONALE MIGRATION IN BEWEGUNG
16.-26. JULI STRASSE DER PARISER KOMMUNE 8, BERLIN
AUSSTELLUNG «WE WILL RISE» / LESUNGEN / KINO / KONZERTE

Rund um das Thema Migration entsteht im Juli ein Labor für Austausch, Vernetzung und subversives Gelächter, u. a. bei diesen Veranstaltungen:

16.7., 19 Uhr: Ausstellungseröffnung

Musik: Daniel Kahn; Performance: Die Chöre der Kommenden

17.7., 19 Uhr: Was tun gegen das Sterben im Mittelmeer?

Mit Laura Maikowsky (Watch The Med/Alarm Phone), Tresor (Voix des Migrants) und Philipp Ruch (Zentrum für politische Schönheit)

22.7., 19 Uhr: We are the crisis. Arbeitsmigration und Organisierung.

Mit Shendi Vali (Berlin Migrant Strikers), Rafal Aragües Aliaga (GAS Spanische Basisgewerkschaft in Berlin), Romin Khan (ver.di)

Komplettes Programm unter:

www.rosalux.de/widerspenstigeinternationale

Kontakt: Koray Yilmaz-Günay, Yilmaz-Guenay@rosalux.de

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG